



■ ITALIEN NACH BERLUSCONI

## Schwacher Gegenwind für Super-Mario

Im November 2011 trat Berlusconi vom Amt des Ministerpräsidenten zurück. Dieser Schritt wurde von linken und liberalen Menschen seit langem herbeigesehnt. Doch wurde dieser Rücktritt nicht durch gewerkschaftliche Aktionen oder durch den Protest sozialer Bewegungen erzwungen, sondern durch Turbulenzen an den Finanzmärkten. Im Zuge der griechischen Schuldenkrise rückten auch die italienischen Schulden ins Zentrum und die Zinsen für italienische Staatsanleihen stiegen auf über sieben Prozent. Berlusconi, schwankend zwischen neoliberaler Rhetorik und populistischen Sprüchen, konnte sich angesichts dieser Situation nur widerstrebend zu Sparmaßnahmen durchringen, die sein ohnehin schon beschädigtes Ansehen noch weiter ramponieren mussten. Ihm wurde weder von den Herrschenden Italiens noch von den entscheidenden Instanzen der EU zugetraut, die notwendigen Maßnahmen zur Beruhigung der Finanzmärkte herbeizuführen.

Seine von Parteien des rechten Lagers getragene Regierung wurde von einer sog. »technischen Regierung« unter Mario Monti als Ministerpräsident ersetzt. Die Regierung besteht hauptsächlich aus katholischen, parteilosen Wirtschaftsprofessoren, die in großen Banken oder internationalen Finanzinstituten Erfahrungen gesammelt haben. Im Gegensatz zu Berlusconi genießen sie international hohes Ansehen, und auch im Inland wurden sie mit vielen Vorschusslorbeeren bedacht. Die Linke war froh, Berlusconi endlich los zu sein, und die wirtschaftlich Mächtigen hofften auf sinkende Zinsen und auf einen Ministerpräsidenten, der sich auch real für ihre Belange einsetzte.

Eine der ersten Amtshandlungen der Regierung war das Durchsetzen eines weiteren Sparpakets, womit eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, eine Steuer auch auf das erste Haus bzw. auf die erste Eigentumswohnung durchgesetzt wurde und noch einmal die Renten gekürzt und das Renteneintrittsalter erhöht wurde. Die Gewerkschaften protestierten zwar gegen diese Maßnahmen, beließen es aber bei einem rein symbolischen dreistündigen »Generalstreik«.

Die Regierung Monti besitzt die Unterstützung fast des gesamten Parlaments. Von vornherein war lediglich die

Lega Nord entschieden in Opposition. Schon die Zustimmung zum letzten Sparpaket der Regierung Berlusconi führte bei der Lega Nord zu heftigen innerparteilichen Diskussionen und zu Protesten an der Basis. Der Gang in die Opposition sollte daher wohl auch den inneren Zusammenhalt der Partei stärken. Obwohl der Abgang Berlusconis mit einigen Demütigungen verbunden war, unterstützt dessen Partei die Regierung Monti. Allerdings ist dieser Kurs auch dort nicht unumstritten. Besonders die Mitglieder aus dem ehemaligen neofaschistischen Lager fordern eine Abwendung von der Regierung und stimmen im Parlament teilweise auch dagegen oder bleiben der Abstimmung fern. So wird Montis Regierung von Berlusconi immer mal wieder heftig beschimpft, doch kann er sich eine Opposition nicht leisten, solange die Regierung so populär ist und die Beliebtheit seines Lagers so schlecht wie zur Zeit.

Vorbehaltlos unterstützt wird die Regierung von den Zentrumsparteien und vom Partito Democratico. Vor allem der PD ist froh über das Ende der Ära Berlusconi und will auf keinen Fall dessen Rückkehr an die Macht riskieren. Deshalb ist die Partei bestrebt, die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen möglichst geräuschlos durch das Parlament zu bringen. Die Hoffnung ist, wie auch bei Berlusconis PdL, dass die Regierung Monti bis zu den nächsten Wahlen die als notwendig erachteten Reformen durchgebracht hat, und die Partei für die damit verbundenen Härten nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Im öffentlichen Bewusstsein ist die Regierung Monti eher mit dem Lager der linken Mitte verbunden. Das Verhältnis von PD-Parteichef Bersani zu Monti ist sehr gut, und Staatspräsident Napolitano – ehemaliger Vordenker der PCI – steht in allen Fragen hinter der Regierung.

### Mit Liberalisierung aus der Krise?

Italien hat seit Jahren ein sehr bescheidenes Wirtschaftswachstum und ist seit Ende 2011 in einer Rezession. Die Arbeitslosenrate ist mittlerweile bei ca. zehn Prozent, unter Jugendlichen schon bei 35 Prozent. Die Anzahl der

Firmenpleiten wächst seit vier Jahren. Diese Entwicklung wird verstärkt durch die drei Sparpakete, die von Berlusconi und Monti seit Herbst 2011 durchgesetzt wurden. Der Einzelhandelsumsatz liegt 2012 bisher inflationsbereinigt 16 Prozent hinter dem von 2005. Dies ist fatal für ein Land, in dem die Kapitalkonzentration eher gering ist, und eine große Zahl von Händlern, Handwerkern und Kleinunternehmern auf den Binnenmarkt angewiesen sind. Eine stark ansteigende Selbstmordrate besonders bei Arbeitslosen und in Konkurs gegangenen Selbständigen ist die Folge und wird auch von bürgerlichen Medien mit Schrecken wahrgenommen.

Angesichts dieser Entwicklung konnte es die Regierung nicht beim bloßen Sparen belassen. Sie propagierte nun auch Maßnahmen zur Förderung des Wachstums. Dahinter verbarg sich aber anfangs nichts anderes als eine Liberalisierung der Märkte und der Abbau des Kündigungsschutzes. In Italien gibt es eine große Zahl von Selbständigen sowohl im Dienstleistungs- als auch im Produktionssektor. Ihre Existenz wird durch eine Reihe von Maßnahmen gesichert, die den freien Handel einschränken. In einigen Bereichen will die Regierung nun Liberalisierungen durchsetzen. So sollen viele bisher apothekenpflichtige Produkte nun auch im Supermarkt verkauft werden können. Supermärkte sollen auch Tankstellen betreiben können, wenn freie Tankstellen zugelassen werden. Liberalisiert werden soll auch die Vergabe von Taxilizenzen. Hier gab es zum Teil heftige Proteste der Betroffenen und die Regierung sah sich teilweise zu weitgehenden Zugeständnissen gezwungen.

### **Die Lockerung des Kündigungsschutzes verstärkt die Widersprüche in der CGIL**

Weniger kompromissbereit zeigte sich die Regierung bei der Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Kernpunkt der Arbeitsmarktreform ist die Lockerung des Kündigungsschutzes im Artikel 18 des Arbeiterstatuts. Stellte ein Gericht fest, dass der Grund für eine Entlassung nicht rechtmäßig ist, so hatte dies zwangsläufig die Wiedereinstellung des Betroffenen zur Folge. Diese Regelung wurde 1969 eingeführt als Folge des »heißen Herbstes« mit umfassenden Streiks und Fabrikbesetzungen. Der Kündigungsschutz ist eines der wenigen Überbleibsel vieler Verbesserungen jener Zeit zugunsten der Arbeiter und hat in deren Bewusstsein einen hohen Stellenwert. Der ursprüngliche Gesetzesentwurf sah die Garantie zur Wiedereinstellung nur bei Kündigungen mit diskriminierendem Charakter vor. Bei nicht gerechtfertigten Kündigungen aus disziplinarischen Gründen sollten die Gerichte entscheiden, ob der Gekündigte wieder eingestellt werden muss oder ob er eine Abfindung erhält. Bei Entlassungen aus ökonomischen Gründen war eine Wiedereinstellung überhaupt nicht vorgesehen. Auch wenn Gerichte die Begründungen als nicht gerechtfertigt angesehen hätten, sollte es allenfalls Abfindungen geben.

Alle drei großen Gewerkschaftsverbände mussten anfangs darum kämpfen, bei der Beratung des Gesetzes angemessen beteiligt zu werden. Doch als dies gewährleistet war, zeigten sie durchaus Bereitschaft, diese Vorlage widerstandslos passieren zu lassen. Die Änderung sei zwar nicht optimal, aber es werde das deutsche Modell des Kündigungsschutzes übernommen und dieses habe sich bewährt.

Innerhalb der CGIL war es die FIOM, die am deutlichsten gegen diese Zustimmung opponierte. Unterstützt wurde die FIOM nicht nur durch die Gewerkschaftslinken in anderen Branchenverbänden, sondern auch durch eine Serie spontaner Streiks vor allem in der Metallindustrie, die häufig von den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen der CGIL, der CISL und der UIL gemeinsam getragen wurden.

Der Widerstand gegen die kompromisslerische Haltung der CGIL-Chefin Camuso wurde schließlich so stark, dass sie sich gezwungen sah in Opposition zum Gesetzesentwurf zu gehen. Mit dem Schwenk innerhalb der CGIL wuchsen aber auch die Differenzen in den anderen Gewerkschaften. Die Stimmung an der Gewerkschaftsbasis wurde von der Tageszeitung La Repubblica so beschrieben: »Um das plötzliche Bremsen der anderen Gewerkschaften zu verstehen, ist es notwendig sich die Entwicklung anzuschauen, die es im Land gegeben hat, wo viele Streiks von den RSU (den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen) gemeinsam organisiert wurden. Wo das Sekretariat der Mailänder CISL eine äußerst harte Stellungnahme gegen die Änderung des Artikels 18 abgegeben hat und wo die nationale UILM angekündigt hat, dass die Streiks solange fortgesetzt werden bis das Parlament die Maßnahmen zurückzieht. Insgesamt ist an der Basis der Gewerkschaften, da wo man am nächsten bei den Arbeitern ist, eine große Unzufriedenheit spürbar, der die Führungen der Gewerkschaften Rechnung tragen müssen.«

Als Folge dieser Stimmung in der Arbeiterschaft gingen die Führungen aller großen Gewerkschaftsverbände auf Distanz zum Gesetzesentwurf; die CGIL kündigte sogar einen 16-stündigen Generalstreik dagegen an. In dieser Situation war es PD-Chef Bersani, der zwischen Regierung und Gewerkschaften vermittelte. Ergebnis seiner Bemühungen war eine Änderung des Gesetzesentwurfs für den Fall der Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen. Hier sollte, wie schon bei Verhaltenskündigungen, die Wiedereinstellung als Kann-Bestimmung aufgenommen werden, wenn die angegebenen Gründe vor Gericht keinen Bestand haben. Diese Änderung stieß sofort auf den Widerspruch des Industriellenverbandes Confindustria. Doch Monti beruhigte die Kapitalisten mit der Aussage, dies sei eine unbedeutende Änderung, die in einem kaum nennenswerten Umfang zum Tragen komme.

Dieser Satz des Ministerpräsidenten hinderte die Gewerkschaftsführungen aber in keiner Weise, die von Bersani ausgehandelte Gesetzesrevision als positive Entwicklung zu bezeichnen. Die Opposition gegen die Änderung des Artikel 18 wurde danach eingestellt. Aus dem beabsichtigten Generalstreik wurde eine landesweite Demonstration in Rom, bei der die Frage des Kündigungsschutzes allerdings ausgeklammert wurde. Es ging eher allgemein um niedrigere Steuern, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. Lediglich die FIOM ist auch weiterhin entschieden gegen eine Änderung des Artikel 18. Allerdings hat sie mit dieser Haltung auch innerhalb der CGIL nicht mehr die Unterstützung wie im März, als der erste Gesetzesentwurf auf dem Tisch lag. Zwar gab es auch im Mai und Juni noch vereinzelte Streiks in den Betrieben, dies sind allerdings die »üblichen Verdächtigen«, wie etwa die Werke von Piaggio, einem Hersteller von Motorrollern.

In diesem Konflikt verhärten sich die Fronten innerhalb der CGIL. Die schon lange vorhandenen Gegensätze werden immer deutlicher und so hart ausgetragen wie noch nie. Diese Auseinandersetzung zieht sich durch bis in die Betriebe hinein. Bei einer von der CGIL im toskanischen Pontedera initiierten Demonstration konnten sich die Teilnehmer nicht darauf einigen, welches Transparent an der Spitze des Zuges getragen werden sollte. Die Gewerkschafter der FIOM setzten sich mit ihrem Slogan »Artikel 18 bleibt« an die Spitze des Zuges. Die Vertreter der CGIL bestanden aber darauf, dass ihre Parole »Gegen die Krise, für höhere Löhne, höhere Renten, mehr Rechte« den Zug anführen müsse. Da es keine Einigung gab, entwickelten sich schließlich zwei Demonstrationzüge. Als der Nationalrat der CGIL am 18. Juni der Absage des Generalstreiks





zustimmte, nahm die linke Minderheit erst gar nicht an der Abstimmung teil.

Aber auch innerhalb der FIOM treten Widersprüche zu Tage. Angesichts der Passivität der CGIL-Führung will ein Teil der FIOM eigenständig zu landesweiten Kampfmaßnahmen gegen die Aushöhlung des Kündigungsschutzes aufrufen. Sie unterstützen einen Kongress kämpferischer betrieblicher Vertreter aller Gewerkschaftsverbände, auch und vor allem der Basisgewerkschaften. Dieser Kongress rief für den 22. Juni zu einem Generalstreik auf. Die Mehrheit der FIOM lehnte eine Beteiligung daran aber ab. Dies führte zu heftigen Diskussionen zwischen der Führung der FIOM und dem linken Flügel um Giorgio Cremaschi, bis zum Mai Präsident des Zentralkomitees der Gewerkschaft. So waren die Basisgewerkschaften die einzigen Verbände, die für den 22. Juni zum Streik aufrufen. Aus der CGIL riefen die linke Opposition, die sich im Netzwerk »Rete 28 Aprile« organisiert und hauptsächlich in der FIOM vertreten ist, ebenfalls zu diesem Streik auf. Der Streik wurde außerdem von praktisch allen politischen Kräften unterstützt, die links der PD stehen. Während des Streiks nahm FIOM-Chef Landini an einer Generalversammlung des Metallarbeitgeberverbandes Finmeccanica teil. Teile der Streikenden nutzten den Ort der Veranstaltung für eine Protestkundgebung. Landini wurde wegen seiner ablehnenden Haltung zum Streik auch von betrieblichen Gewerkschaftsvertretern der FIOM ausgepöfeln. Der Streik selbst war hauptsächlich im Verkehrswesen, bei Bahnen, Bussen und Flughäfen spürbar, wo die Basisgewerkschaften eine starke Basis haben. In der Industrie und in den Verwaltungen hatte er nur mäßige Resonanz. Auf die Entscheidungen im Parlament hatte der Streik keinen Einfluss: Am 27. Juni wurde das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen.

### Kommunalwahlen als Protest

Die Kommunalwahlen vom Mai zeigten die große Unzufriedenheit der italienischen Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Lage und den großen Parteien. Vor allem die Partei Berlusconis und die Lega Nord mussten massive Stimmenverluste hinnehmen und schafften es in vielen Kommunen nicht einmal auf den zweiten Platz. In vielen Städten und

Gemeinden sackten sie auf das Niveau von Splitterparteien herab. Der PdL zeigte schon vor der Wahl deutliche Auflösungserscheinungen und konnte sich oft nicht auf eine gemeinsame Liste verständigen. Und die Lega Nord war durch illegale Finanztransaktionen zugunsten der Söhne von Parteichef Bossi kompromittiert. Bossi selbst musste zurücktreten. Dies traf die Partei ins Mark, da nach ihrer eigenen Propaganda so etwas nur im schlampigen Süden passieren kann. Gemeinsame Finanzgeschäfte mit der kalabresischen Ndragheta waren ein weiterer Schock für die Parteibasis.

Die PD konnte ihren Stimmenanteil im Großen und Ganzen halten, verlor wegen der geringen Wahlbeteiligung in absoluten Zahlen allerdings auch viele Stimmen. Parteien links der PD konnten keine Stimmengewinne verzeichnen. Dies gilt auch für rechtsextreme Parteien.

Gewinner waren einerseits politisch nicht eindeutig zuordenbare Bürgerlisten und vor allem die 5-Sterne-Bewegung des Schauspielers und Satirikers Beppe Grillo. Dieser wurde in den achtziger Jahren aus dem italienischen Fernsehen verbannt, als er deftige Kritik am damaligen Ministerpräsidenten Craxi geübt hatte. Seitdem kämpft er mit verschiedenen Mitteln gegen die von ihm als abgehoben und selbstherrlich kritisierte Politikerkaste. Die 5-Sterne-Bewegung entstand aus Protest gegen die rechtlich zweifelhaften Methoden Berlusconis aber auch gegen die etablierte Opposition, die es nicht vermochte Berlusconi nach Hause zu schicken. 2009 formierte sich die Bewegung als Partei. Diese ist teilweise mit der deutschen Piratenpartei vergleichbar, allerdings tritt Beppe Grillo sehr viel aggressiver auf und bedenkt die etablierten Politiker mit derben Sprüchen. Seine Kritik hat er mittlerweile auch auf die Regierung Monti ausgedehnt, die er als Handlanger der Banken bezeichnet. Der Euro ist für ihn ein »Strick um den Hals«.

In diesem Wahlergebnis kommt einerseits die Enttäuschung vieler Wähler über die letzten Monate der Regierung Berlusconis zum Ausdruck, die viele für den Niedergang verantwortlich machen. Die Wahlen zeigen aber auch eine Ernüchterung in Bezug auf die Regierung Monti, welche kein Mittel gegen die fortschreitende Wirtschaftskrise weiß. Gleichzeitig spüren Rentner, prekär Beschäftigte, aber auch viele Arbeitnehmer mittlerweile sehr drastisch die Auswirkungen der Sparprogramme.

### Aufweichung des Sparkurses?

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen und der anfangs geschlossene Widerstand der Gewerkschaften gegen die Arbeitsmarktreform haben zu einer etwas vorsichtigeren Herangehensweise der Regierung Monti geführt. Hatte Mario Monti anfangs noch das Vertrauen von 71 Prozent der Bürger, so sank die Zustimmung zu ihm im Juni auf nur noch 31 Prozent. Als Folge dieser Entwicklung geht auch die PD etwas stärker auf Distanz, und Monti muss die Parteien auffordern, seine Regierung entschiedener zu unterstützen. Er muss zur Kenntnis nehmen, dass die Bevölkerung nicht grenzenlos belastbar ist, und fürchtet, eine bloße Sparpolitik könne die Konjunktur noch weiter belasten. So soll es nun Steuererleichterungen für Altbausanierungen und Investitionen in erneuerbare Energien geben. Außerdem wurde ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung armer Familien, besonders im Süden, verabschiedet. (Acht Millionen Italiener gelten als arm.) Die geplante Neuverschuldung wird dadurch von 0,1 Prozent auf 0,5 Prozent erhöht. Ein großes Problem stellen für Italien die hohen Zinsen dar, die für Staatsanleihen gezahlt werden müssen. Waren diese nach Berlusconis Abgang deutlich gesunken, so haben sie seit Beginn der Turbulenzen um die spanischen Banken

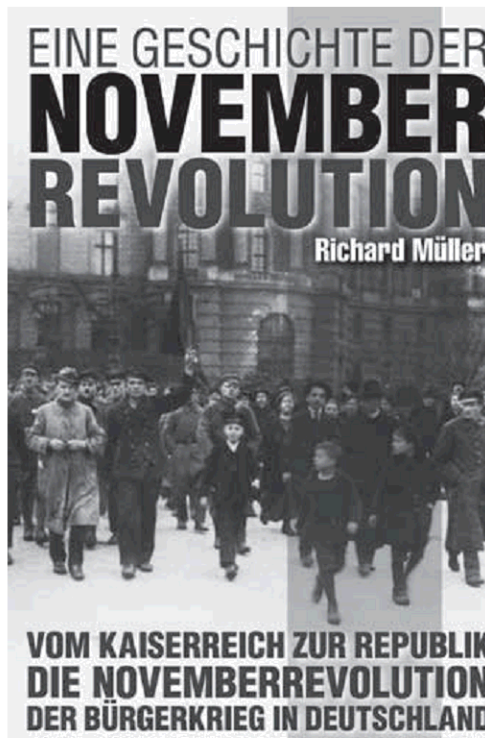
wieder zugelegt und reichten zeitweise wieder an die kritische Marke von sieben Prozent heran.

Seinen Popularitätsverlust versucht Monti nun als Druckmittel bei Verhandlungen um den Fiskalpakt zu verwenden: Wenn es dort keine Kurskorrektur gebe, könne für den Fortbestand seiner Regierung nicht garantiert werden. Auf europäischer Ebene gibt es somit einen gewissen Schulterchluss mit dem neuen französischen Präsidenten Hollande, der sich ebenfalls gegen die hauptsächlich von Deutschland propagierten rigiden Schuldenabbau aus-

spricht. Wie Hollande spricht sich auch Monti für Eurobonds, also für eine gemeinsame Schuldenverantwortung der Euroländer aus. Durch die Wahl Hollandes wurden innerhalb der EU die Kräfte gestärkt, die für einen moderateren Sparkurs eintreten. Eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Politik ist damit aber keineswegs verbunden. Und inwieweit Modifizierungen gegen die Positionen Deutschlands und anderer nord- und mitteleuropäischer Staaten überhaupt zu realisieren sind oder nur kosmetische Korrekturen bedeuten bleibt abzuwarten.

15. Juli 2012 ■

## BUCHEMPFEHLUNG



**Richard Müller, Eine Geschichte der Novemberrevolution,** Drei Bände in einem Band, 750 Seiten, Nachdruck der 1924 und 1925 erschienen Titel, Verlag Die Buchmacherei Berlin 2012, 19,95 Euro (ISBN 978-3-00-035400-7)

Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling – aber sie beflügelt die Hoffnung auf ein Ende des Winters. Eine zum Sozialismus strebende Arbeiterklasse ist in Deutschland und Europa nicht zu erkennen. Aber eine wichtige Aufarbeitung der deutschen Revolution von 1918/19 wird neu aufgelegt und findet Käufer; das ist erfreulich.

38 Jahre zuvor war es der Verlag Olle & Wolter, der Richard Müllers Arbeit dem Vergessen entriss. In der Folge der Studentenbewegung nach 1968 war damals ein Publikum auch unter politisch engagierten Lohnabhängigen entstanden, das Interesse an der politischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik hatte. Dokumente, Erinnerungen und historische Analysen aus der Zeit der Zwanziger Jahre wurden – auch von renommierten bürgerlichen Verlagen – wieder veröffentlicht oder fanden als sogenannte Raubdrucke ihren Weg auf die Büchertische. Allerdings hatte es auch schon vorher Rückblicke auf die revolutionäre Zeit nach dem I. Weltkrieg gegeben. Bereits 1961 gab die Europä-

ische Verlagsanstalt, Eigentum der sozialdemokratischen Medienholding, Arthur Rosenbergs lesenswerte Werke über Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik neu heraus, in kleiner Auflage und kleinem Leseublikum. Kurz: Ladenhüter. Erst ab Ende der sechziger Jahre gab es für einige Jahre ein breiteres Interesse an klassenkämpferischer, sozialistischer Literatur.

Richard Müller fand keinen gutbürgerlichen oder sozialdemokratischen Verleger, dazu war seine literarische Arbeit zu sehr von revolutionärem Geist durchdrungen. Sein Antrieb als Buchautor bestand darin, Lehren aus den Klassenkämpfen der noch nahen Vergangenheit zu ziehen, um gemeinsam mit seinen Kampfgefährten die künftigen Kämpfe erfolgreicher führen zu können. Um auf diesem Wege erfolgreich sein zu können, musste sein Werk auf die wichtigen Aspekte der revolutionären Auseinandersetzungen fokussiert sein und es musste fesselnd geschrieben sein. Eine Auswahl an Zeitdokumenten ergänzt den Text und ermöglicht den Lesern genauere Einblicke, denen neben Details auch die Atmosphäre der Zeit wichtig ist. So behandelt er die letzte Spanne vom Kaiserreich zur Republik, die Zeit der Novemberrevolution selbst und den anschließenden Bürgerkrieg in Deutschland.

Die westdeutsche Bourgeoisie konnte nach dem II. Weltkrieg die politische Macht aus den Händen ihrer westalliierten Befreier entgegen nehmen. In ihrer politischen Rück Erinnerung ist sie gestört: Die deutsche Revolution von 1848 liegt ihr zu fern; die Novemberrevolution von 1918/19, die das Kaiserreich beseitigte und die Republik von Weimar schuf, hat sie nie gemocht, weil sie die politische Macht aus den Händen der Arbeiterklasse empfangen musste. Den Nationalsozialismus versucht sie zu verdrängen bzw. sie reduziert ihn im wesentlichen auf die Ermordung der Juden und den II. Weltkrieg und unterschlägt dessen primäres Ziel, die Vernichtung der Arbeiterbewegung. Anders dagegen die Lohnabhängigen in Deutschland: Wann immer sie den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufnehmen werden, werden sie ganz selbstverständlich an die nunmehr fast hundertjährige Tradition der Novemberrevolution anknüpfen. In diesem Sinne wünschen wir dem Buch von Richard Müller eine weite Verbreitung.

An den Verlag haben wir noch die Bitte, uns und der Nachwelt die Einleitung von Frank Dingel aus der Edition des Verlags Olle & Wolter 1974 zu erhalten, indem sie entweder als 2. Vorwort oder als Nachwort in die aktuelle Ausgabe aufgenommen wird. Frank Dingel verknüpfte darin die Erfahrungen aus der Novemberrevolution mit den Aktionsbedingungen der außerparlamentarischen Opposition unter den Bedingungen der damals noch zwei deutschen Staaten. Außerdem gibt er eine anregende Einschätzung der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914. Das ist für heutige und künftige Leser von Interesse. ■